

**Die frauenpolitische Ausrichtung der FPÖ –
Androkratie statt Demokratie?**

Momentum 2012, Track #2: Eliten, Herrschaft und Demokratie

Christiane Mörth, August 2012

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
1 Strukturen zur Frauenförderung in den politischen Parteien Österreichs	5
1.1 Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ).....	6
1.2 Österreichische Volkspartei (ÖVP).....	7
1.3 Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ).....	8
1.4 Die Grünen – Die grüne Alternative (GRÜNE).....	9
1.5 Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ).....	10
2 Frauenpolitik im FPÖ-Parteiprogramm	12
2.1 Frauen- und Familienpolitik der FPÖ 1985-1998.....	12
2.2 Frauenpolitik in den FPÖ-Parteiprogrammen 2005 und 2011.....	13
2.3 Frauen in rechten und rechtskonservativen Strömungen.....	14
2.3.1 Die Rollenbilder von Frauen in rechten Parteien.....	14
2.3.2 Konservative und rechte Frauenpolitik.....	15
3 Resümee	18
a) Vergleich der FPÖ mit anderen Parteien hinsichtlich der frauenfördernden Maßnahmen in den Parteien sowie der angegebenen frauenpolitischen Forderungen.....	18
b) Vergleich mit konservativer und rechter Frauenpolitik.....	19
c) Vergleich mit den von Mariel Renz (1995) erarbeiteten Rollenbildern rechter Frauen	21
Anhang: Literaturverzeichnis	

Einleitung

Sowohl in der Bundesorganisation der FPÖ, als auch in den Landesorganisationen stehen vor allem männliche Politiker im Vordergrund. Ob in unabhängigen oder freiheitlichen Medien, es kommen meist Männer zu Wort. Daraus könnte man schließen, dass die FPÖ eine Männerdomäne ist. Tatsächlich ist es so, dass Frauen im Nationalratsklub und im Bundesparteivorstand stark unterrepräsentiert sind. Im Landtag Steiermark etwa gibt es keine weibliche Abgeordnete der FPÖ, die sechs Mandate und der Landesratsposten werden ausschließlich von Männern besetzt. Im Nationalrat liegt der Frauenanteil unter den FPÖ-Abgeordneten bei 16,2 Prozent (37 Männer und 6 Frauen) (vgl. Internetseite der Republik Österreich, Frauenanteil im Nationalrat).

Das Bundesparteipräsidium bestand 2008 aus 18 Personen, darunter zwei Frauen, somit waren 11,1 Prozent weiblich. Unter den 36 Personen im Bundesparteivorstand sind fünf Frauen, was einen Frauenanteil von 13,9 Prozent ergibt (vgl. Frauenbericht 2010, S.370).

Allein durch oberflächliche Auseinandersetzung mit der Frauenpolitik der FPÖ – etwa durch jene Themen, die medial transportiert werden, entsteht das Bild, dass Frauenpolitik in der FPÖ eine nicht sehr gewichtige Rolle einnimmt. Familienpolitik scheint dabei eine wichtigere Rolle zu spielen.

Die konsequente Nicht-Erwähnung von Frauen zeigt eine Ablehnung der Sichtbarmachung von Frauen in der Sprache. Diese Ablehnung gipfelte in der Publikation „MenschInnen: Gender Mainstreaming - Auf dem Weg zum geschlechtslosen Menschen“ (2008, Ares-Verlag) von Barbara Rosenkranz. Rosenkranz, die neben Susanne Winter die wohl bekannteste FPÖ-Politikerin ist, spricht sich darin dennoch für die Gleichberechtigung von Frauen aus. Dies allein zeichnet schon eine sehr interessante Frauenpolitik aus: Frauen sollen gleichberechtigt sein, dies soll aber ohne geschlechtergerechte Sprache, Gender Mainstreaming und mit dem Blick auf Geschlechterdifferenzen geschehen.

Wie kann die frauenpolitische Ansicht der FPÖ also beschrieben werden? Bestätigt sich das auf den ersten Blick relativ androkratische Prinzip der FPÖ? Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede gibt es in der FPÖ mit anderen rechten und konservativen frauenpolitischen Strömungen? Welche strukturellen Maßnahmen zur Beseitigung innerparteilicher sexistischer Ungleichbehandlung gibt es bei den österreichischen Parlamentsparteien?

Diese Fragen sollen in der vorliegenden Arbeit, die auf einem Teil meiner Masterarbeit mit dem Titel „Rechter Feminismus oder traditionelles Rollenverständnis? Die frauenpolitische Ausrichtung steirischer FPÖ-Funktionärinnen auf Gemeindeebene.“ (Institut für Soziologie, Graz) basiert, beantwortet werden.

1 Strukturen zur Frauenförderung in den politischen Parteien Österreichs

„Die Stellung der Frauen innerhalb der Parteien ist eng mit den Strukturen und politisch-ideologischen Leitlinien einer Partei und den daraus folgenden Mechanismen zur Bestellung von parteipolitischen Ämtern verbunden“ (Frauenbericht 2010, S.368), somit lässt sich anhand der Zusammensetzung der höchsten bundesweiten Strukturen die frauenpolitische bzw. feministische Ausrichtung einer Partei erkennen.

Quotenregelungen sind ein Ausdruck der strukturellen Verankerung von Partizipation von Frauen. Daher wird für jede Partei betrachtet, ob es eine strukturelle Verankerung von Quotenregelungen gibt und wie diese in der Praxis umgesetzt werden.

Im linken Parteienspektrum sind diese am weitesten verbreitet, sowohl die SPÖ als auch die Grünen haben eine solche Quotenregelung statutarisch verankert. Die ÖVP hingegen bekennt sich lediglich zu einer Mindestquote von einem Drittel bei der Besetzung öffentlicher Mandate (vgl. Frauenbericht 2010, S. 369f).

Trotz Quotenregelungen rangierte Österreich 1999 mit knapp 27 Prozent Frauenanteil im Nationalrat unter 179 untersuchten Staaten auf Platz elf, hinter Argentinien und Kuba, knapp gefolgt von Vietnam mit 26 Prozent. Schweden, das damals auf Platz eins rangierte, konnte mit knapp 43 Prozent aber auch keine 50:50-Quote erreichen (vgl. Steininger 2000, S.141). Zehn Jahre später findet sich Österreich im weltweiten Vergleich auf Platz 30 mit knapp 28 Prozent, auf Platz eins liegt Ruanda mit 56 Prozent Frauenanteil im nationalen Parlament, es ist somit das einzige Land, dessen Parlament einen Anteil von weiblichen Abgeordneten von über 50 Prozent aufweisen kann (vgl. Die Grünen 2009, S.2 ff).

Zur Betrachtung der frauenpolitischen Leitideen der Parteien werden diese, basierend auf dem Frauenbericht 2010 des Bundesministeriums für Frauen (Erhebung anhand von Wahlprogrammen und ExpertInneninterviews mit Vertreterinnen der Parteien), in drei Aspekte gegliedert:

- a) Die frauenpolitischen Ziele der jeweiligen Partei,
- b) die Bereiche, in denen die Parteien den größten Handlungsbedarf sehen und
- c) die Instrumente, mit denen die Ziele erreicht werden sollen.

1.1 Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)

Die Sozialdemokratische Partei war die erste Partei, die eine Quotenregelung eingeführt hat. 1985 legte sie eine Frauenquote von 25 Prozent fest, was zunächst jedoch nur eine Kann-Bestimmung war. Eine Quotenregelung mit Soll-Charakter wurde 1993 eingeführt, wobei der Prozentsatz auf 40 erhöht wurde. Diese „freiwillige Bestimmung“ soll sicherstellen, dass bei der Wahl von FunktionärInnen und der Erstellung von KandidatInnenlisten nicht weniger als 40 Prozent Frauen sowie nicht weniger als 40 Prozent Männer vertreten sind (vgl. Frauenbericht 2010, S.368). Bei der Zusammensetzung des Bundesparteiorgans wurde dieses Ziel erreicht: von den 69 Mitgliedern sind 29 weiblich, was einem Prozentsatz von 42 entspricht (vgl. Internetseite der SPÖ, Impressum). Im Nationalrat liegt das Geschlechterverhältnis nicht im angestrebten Bereich. Zwar wurde die Bundesliste nach dem Reißverschlussprinzip bestellt, die Landeswahllisten jedoch nicht durchgehend, was dazu führte, dass einige Länder keine einzige Frau in den Nationalrat entsandten (vgl. Frauenbericht 2010, S. 368f). Der Frauenanteil unter den Nationalratsabgeordneten der SPÖ liegt derzeit bei 35 Prozent (37 männliche und 20 weibliche Abgeordnete) (vgl. Internetseite der Republik Österreich, Frauenanteil im Nationalrat).

Die SPÖ versteht unter Frauenpolitik eine Gleichstellungspolitik mit dem Ziel der Chancengleichheit von Frauen und Männern. Die Existenzsicherung und Selbstbestimmung von Frauen durch Erwerbstätigkeit steht dabei im Vordergrund. Handlungsbedarf sieht die SPÖ in den folgenden drei Bereichen:

- 1) Frauenerwerbsarbeit (Die Vergrößerung der geschlechtsspezifischen Einkommensdifferenz wird problematisiert)
- 2) Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Die Reproduktionsarbeit obliegt noch immer größtenteils den Frauen)
- 3) Frauenrepräsentation (In Bezug auf Frauen in Spitzenpositionen sieht die SPÖ gesellschaftlich und innerparteilich Handlungsbedarf) (vgl. Frauenbericht 2010, S. 398f).

Effektive Instrumente zur Umsetzung frauenpolitischer Anliegen sind in den Augen der SPÖ „gesetzlich verankerte, verpflichtende Quoten mit Sanktionen bei Nichteinhaltung, Offenlegung der Gehälter, gendersensible Pädagogik mit dem Ziel, bestehende geschlechterstereotype Rollenbilder aufzubrechen, außerdem spezielle Frauenförderung im Bildungsbereich“ (Frauenbericht 2010, S. 399).

1.2 Österreichische Volkspartei (ÖVP)

Die Volkspartei hat in ihren parteiinternen Strukturen keine Quotenregelung. Lediglich die Leiterin der ÖVP-Frauen ist fix im Parteivorstand vertreten. Im Jahr 2008 waren von 45 im Parteivorstand vertretenen MandatarInnen sieben weiblich, was einem Frauenanteil von 15,5 Prozent entspricht.

Die Zusammensetzung des Parteivorstandes ergibt sich aus der Bundesleiterin der ÖVP-Frauen, VertreterInnen aus der Bundesregierung, dem Bundesparlament und dem EU-Parlament, den Landeshauptleuten und -Obmännern sowie den Obleuten der drei klassischen Bünde, dem Wirtschaftsbund, dem Bauernbund und dem Arbeiter- und Angestelltenbund.

Bei der Besetzung von öffentlichen Mandaten ist eine Mindestquote von einem Drittel Frauenanteil festgesetzt. Im Jahr 2002 wurde dieses Ziel nur knapp verfehlt, seitdem ist der Frauenanteil unter den Nationalratsabgeordneten rückläufig (vgl. Frauenbericht 2010, S. 369f). Derzeit sind für die ÖVP 38 Männer und 13 Frauen vertreten, was einen Frauenanteil von 25,5 Prozent ergibt (vgl. Internetseite der Republik Österreich, Frauenanteil im Nationalrat).

Die ÖVP will nach „bereits durchgesetzter rechtlicher“ (Frauenbericht 2010, S.399) nun auch die „tatsächliche Gleichstellung“ erreichen. Frauenpolitischer Handlungsbedarf aus Sicht der ÖVP besteht in folgenden drei Bereichen:

- 1) Berufseinstieg
- 2) Berufsunterbrechung
- 3) Berufsaufstieg

Das Ziel der ÖVP ist, der Einkommensdifferenz zwischen Frauen und Männern entgegenzuwirken. Die ÖVP fokussiert bei der Umsetzung Instrumente, die Anreize für Unternehmen bieten, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern, etwa Arbeitszeitflexibilisierung und Wettbewerbe für familienfreundliche Unternehmen. „Das bedeutet, dass Frauen stets im Kontext von Familie gedacht werden.“ (ebd.).

Die Gleichstellung von Frauen und Männern soll durch einen Maßnahmenmix erreicht werden: „Lohntransparenz und Umsetzung von Gender Mainstreaming, gendergerechte Sprache zur Bewusstseinsbildung, ferner Diversity Management, um die Wirtschaft vom ökonomischen Nutzen von Gleichstellung zu überzeugen, sowie schließlich auch Quoten, um den Prozess zu beschleunigen.“ (ebd.).

1.3 Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)

Da geschlechtsspezifische Quoten von der Freiheitlichen Partei nicht als sinnvolle Maßnahme gesehen werden, gibt es weder für innerparteiliche noch für öffentliche Funktionen Quotenregelungen. Im Nationalrat liegt der Frauenanteil unter den FPÖ-Abgeordneten bei 16,2 Prozent (37 Männer und 6 Frauen) (vgl. Internetseite der Republik Österreich, Frauenanteil im Nationalrat).

Das Bundesparteipräsidium bestand 2008 aus 18 Personen, darunter zwei Frauen, somit waren 11,1 Prozent weiblich. Unter den 36 Personen im Bundesparteivorstand sind fünf Frauen, was einen Frauenanteil von 13,9 Prozent ergibt (vgl. Frauenbericht 2010, S.370).

Für die FPÖ sind Frauen- und Familienpolitik nicht trennbar. Frauenpolitisches und damit familienpolitisches Ziel der FPÖ ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen Frauen sich für die Kinderbetreuung, die Karriere oder beides entscheiden können.

Chancengleichheit für Frauen sieht die FPÖ durch Zuwanderung aus vorwiegend außereuropäischen Ländern nicht gegeben, somit wird eine gesamtgesellschaftliche Problemlage zum Problem „der Anderen“ vereinfacht.

Frauen werden in den untersuchten Wahlprogrammen der FPÖ weitgehend in ihrer Rolle als Mütter angesprochen, etwa durch die Forderungen nach einem „Kinderbetreuungsscheck“ anstelle des einkommensabhängigen Karenzmodells, Familiensplitting und die Auszahlung einer Mütterpension. Auch die Forderung nach der Zusammenlegung des Frauenministeriums mit dem Familienministerium zeugt von der Gleichsetzung von Frauen- und Familienpolitik innerhalb der FPÖ.

Da viele Frauen aus Sicht der FPÖ aufgrund anderer Prioritätensetzungen einfach nicht in Spitzenpositionen der Wirtschaft und Politik wollen, wird ihre Unterrepräsentation in diesem Bereich nicht als gesellschaftliches Problem angesehen. Innerparteilich seien Frauen und Männer gleichberechtigte PartnerInnen, freiheitliche Politikerinnen dürften durchaus Frau und Mutter sein. (vgl. ebd., S. 399f)

1.4 Die Grünen – Die grüne Alternative (GRÜNE)

Nach dem ersten Einzug ins Parlament schrieben die Grünen in ihrem Parteistatut einen Frauenanteil von 50 Prozent fest, eine Mindestquote für Männer ist im Gegenzug zur SPÖ (40 Prozent) nicht festgeschrieben.

Dennoch kann aufgrund der Verknüpfung von Bundes-, Landes- und Regionallisten die 50 Prozent-Quote nicht immer gewährleistet werden (vgl. Frauenbericht 2010, S.370f). Der Frauenanteil der Grünen im Nationalrat lag seit 1999 aber immer an oder über der 50 Prozent-Marke, zur Zeit liegt er mit zehn weiblichen und zehn männlichen Nationalratsabgeordneten bei genau 50 Prozent (vgl. Internetseite der Republik Österreich, Frauenanteil im Nationalrat)

Der Bundesvorstand der Grünen hat neun Mitglieder, darunter drei Frauen, was einen Frauenanteil von 33,3 Prozent ergibt (vgl. Internetseite der Grünen, Bundesvorstand).

Das Ziel guter Frauenpolitik liegt für die Grünen darin, auf strukturelle Ungleichheiten so aufmerksam zu machen, dass sowohl Frauen als auch Männer das Gefühl haben, dass es sie etwas angehe und betreffe. Zielgruppe von Frauenpolitik sind folglich sowohl Frauen als auch Männer. Zentralen frauenpolitischen Handlungsbedarf orten die Grünen in nachstehenden Bereichen:

- 1) Geschlechtsspezifische Einkommensdifferenz
- 2) Unterrepräsentation von Frauen in der Politik, der Wirtschaft und den Universitäten
- 3) Problematik der Vereinbarkeit von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit

Die zentralen Forderungen der Grünen aus dem Nationalratswahlkampf 1999 beinhalten eine gendergerechte Aufteilung in der Erwerbsarbeit und der Reproduktionsarbeit. In den darauf folgenden Wahlkämpfen wurde das Modell der einkommensabhängigen Karenz mit flexiblen Teilzeitkarenzphasen und ein massiver Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen gefordert.

Bevorzugte Instrumente zur Umsetzung frauenpolitischer Anliegen sind „verpflichtende Quoten, Kopplung von Wirtschaftsförderung mit einer 'Gleichbehandlungsbilanz', Offenlegung von Einkommen, Sensibilisierungsmaßnahmen zu verschiedenen frauenpolitischen Themen (etwa zu Gewalt an Frauen), Gender Mainstreaming, Gender Budgeting sowie Frauenfördermaßnahmen mit dem Ziel, (Mehrfach-) Diskriminierungen zu beseitigen und gleiche Teilhabe von Frauen zu ermöglichen.“ (Frauenbericht 2010, S. 401)

1.5 Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ)

Auch hier gibt es keine Quotenregelung. Unter den 17 Nationalratsabgeordneten des BZÖ sind zwei Frauen, was einen Frauenanteil von 11,8 Prozent und damit den niedrigsten Anteil ergibt (vgl. Internetseite der Republik Österreich, Frauenanteil im Nationalrat).

Das „Bündnisteam“ besteht aus 21 Mitgliedern, vier davon sind Frauen. Der Frauenanteil liegt demnach bei 19 Prozent (Internetseite des BZÖ, Bundespartei).

Das BZÖ verortet, ähnlich wie die Freiheitliche Partei, Frauenpolitik in der Familienpolitik, denn: „Sobald ein Kind im Spiel ist, wird Frauenpolitik zur Familienpolitik.“ (ebd.).

Die frauenpolitische Zielgruppe des BZÖ sind Mütter, ältere Frauen ohne Pension und Frauen, die in schlecht bezahlten Berufen tätig sind.

Der Handlungsbedarf in der Frauenpolitik liegt in den Augen des BZÖ bei:

- 1) der Beseitigung geschlechtsspezifischer Einkommensdifferenz und
- 2) dem Aufbrechen traditioneller Rollenmuster

Die frauenpolitischen Forderungen des BZÖ liegen schließlich in Transferleistungen, wie etwa einem „Müttergehalt“, das an nicht berufstätige Mütter ausbezahlt werden soll.

Die von dem BZÖ bevorzugten Instrumente sind monetäre Familienleistungen sowie „Networking und Mentoring“, Quoten und Gender Mainstreaming werden strikt abgelehnt. Das BZÖ fordert eine Ausweitung des Frauenministeriums in ein „Gleichstellungsministerium“, da Frauenförderung nicht zu Männerdiskriminierung führen darf und Männer oft benachteiligt werden, etwa in Bezug auf Scheidungen (vgl. ebd., S. 401).

Alle Parlamentsparteien teilen somit die Ansicht, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen erleichtert werden soll. Ebenso ist die Forderung nach finanzieller Absicherung von Frauen bei allen Parteien zu finden, aber in unterschiedlichen Formen: während die SPÖ, die ÖVP und die Grünen auf die Beseitigung der geschlechtsspezifischen Einkommensdifferenz setzen, geht es der FPÖ und dem BZÖ um die Entlohnung von Müttern, etwa durch die „Mütterpension“ oder durch ein „Müttergehalt“. Die Verbindung von Frauen mit Familie findet man bei der FPÖ, dem BZÖ, aber auch bei der ÖVP.

Bei der politischen Gleichstellung von Frauen und Männern setzen die SPÖ, die ÖVP und die Grünen auf Frauen- bzw. Geschlechterquoten, welche von der FPÖ und vom BZÖ abgelehnt

werden. Die FPÖ und das BZÖ zeigen jedoch keine alternativen Maßnahmen auf, wie Gleichstellung in der politischen Partizipation erreicht werden kann. Daher ist es fraglich, dass Geschlechterdemokratie ein vordergründiges Ziel des BZÖ ist – für die FPÖ stellt die Unterrepräsentation von Frauen in der Politik ohnehin kein Problem dar.

2 Frauenpolitik im FPÖ-Parteiprogramm

2.1 Frauen- und Familienpolitik der FPÖ 1985-1998

Die familien- und frauenpolitische Ausrichtung der „Haider-FPÖ“, strukturell verankert im Parteiprogramm 1998, unterscheidet sich in einigen Punkten klar von jener unter dem ehemaligen Parteichef Norbert Steger bzw. des unter Steger 1985 beschlossenen Salzburger Parteiprogrammes.

Sowohl hinsichtlich des Stellenwerts der Familie, als auch hinsichtlich der Einstellung zu alternativen Partnerschaftsformen, gibt es Unterschiede. Unter Steger war man noch gegen die Diskriminierung „anderer, frei gewählter Formen des Zusammenlebens“ (FPÖ 1985, Absatz 170, zit.n. Rösslhumer 1999, S. 41) im Programm von 1998 lehnt man gleichgeschlechtliche Partnerschaften dezidiert ab.

Zwar wird der Familie in beiden Parteiprogrammen ein hoher Stellenwert zugesprochen – im Programm von 1985 heißt es etwa: „Die Familie steht organisatorisch zwischen dem Einzelnen und der Gesellschaft und ist als wichtigste soziale Gemeinschaft Grundlage des Staates“ (FPÖ 1985, Absatz 184, zit.n. Rösslhumer 1999, S. 39) – im Programm von 1998 wird aber zusätzlich von einer „Gemeinschaft der Generationen“ (ebd.) gesprochen, unterstrichen durch ein großes Foto, das Familienmitglieder mehrerer Generationen, von den Kindern bis hin zu den Großeltern, zeigt.

„Die Wesensfunktion der Familie besteht in der Erziehung ihrer Kinder und der generationenübergreifenden Fürsorge“ (Programm 1998, Kapitel XII, Artikel 1, zit.n. Rösslhumer 1999, S. 40) heißt es im Programm von 1998. Wer für diese generationenübergreifende Fürsorge verantwortlich ist, nämlich die Frauen, wird wiederum durch ein Foto belegt, auf dem eine ältere Frau einer Jüngerer Handarbeiten beibringt.

In keinem der beiden Programme wird auf Gewalt in der Ehe eingegangen. Das Programm von 1998 thematisiert Gewalt innerhalb der Familie lediglich in Hinblick auf sexuellen Missbrauch und Misshandlung von Kindern, wozu 1999 ein Maßnahmenpaket, bestehend aus 16 Punkten, gefordert und auch als Dringliche Anfrage im Nationalrat eingebracht wurde.

(vgl. Rösslhumer 1999, S. 39ff)

2.2 Frauenpolitik in den FPÖ-Parteiprogrammen 2005 und 2011

Die frauenpolitische Ausrichtung der FPÖ wird anhand der beiden Parteiprogramme aus dem Jahr 2011 und 2005 untersucht. Das Parteiprogramm aus dem Jahr 2005 war das bis vor kurzem gültige und wird deshalb in die Analyse der frauenpolitischen Ausrichtung der FPÖ miteinbezogen. Die Änderung des Parteiprogramms nach sechs Jahren ergab sich dadurch, dass man es „wesentlich komprimierter“ gestalten wollte (vgl. NEWS.at, 14.06.2011)

Das im Juni 2011 beim Bundesparteitag in Graz beschlossene Parteiprogramm beinhaltet, ebenso wie das im Jahr 2005 beschlossene Programm, kein Kapitel, das sich ausschließlich mit Frauenpolitik beschäftigt. Im Gegensatz zum Programm von 2005, wo frauenpolitische Forderungen in verschiedenen Kapiteln Erwähnung finden, werden diese im aktuellen Programm lediglich unter dem Kapitel „Familie und Generationen“ erwähnt. Hier gibt es ein klares Bekenntnis zur Chancengleichheit von Frauen und Männern, ebenso wird gegenseitiger Respekt sowie gleiches Einkommen gefordert. Jedoch werden Quotenregelungen oder Gender-Mainstreaming klar abgelehnt: „Die Bevorzugung eines Geschlechts zur Beseitigung tatsächlicher oder vermeintlicher Benachteiligungen wird von uns entschieden abgelehnt. Statistisch errechnete Ungleichheiten, die durch eine Vielzahl an Faktoren bedingt sind, können nicht durch Unrecht an einzelnen Menschen ausgeglichen werden.“ (FPÖ 2011, Kapitel 4).

Da nur die Partnerschaft zwischen Frau und Mann „Kinderreichtum“ gewährleistet, wird ein Rechtsinstitut für gleichgeschlechtliche Partnerschaften abgelehnt (vgl. ebd.).

Gleichstellungsforderungen werden im Parteiprogramm von 2005 in verschiedenen Kapiteln in wenigen Sätzen erwähnt, etwa im Kapitel „Die Menschenwürde ist unantastbar“, wo es heißt: „Mann und Frau sind gleich nach Recht und Würde“ (FPÖ 2005, Kapitel II, Artikel 1.1).

Unter „Freie Marktwirtschaft“ wird Lohngerechtigkeit zwischen Frau und Mann gefordert, das heißt gleiche Entlohnung für gleiche Arbeit (vgl. ebd., Kapitel X, Artikel 1.1), ähnlich wie im Kapitel „Solidarisch und gerecht“: „Chancengerechtigkeit heißt auch gleiche Einstufungs- und Aufstiegsmöglichkeiten bei gleicher Qualifikation für Frauen im Berufsleben sowie Beseitigung der Lohnunterschiede von Frauen und Männern bei gleichwertiger Arbeit.“ (ebd., Kapitel XI, Artikel 1.1).

Im Programm von 2005 gilt die Familie als „Gemeinschaft der Generationen“ (Kapitel XII), Erziehung und generationenübergreifende Fürsorge wird weiterhin als Wesensfunktion der Familie angeführt. Wer dafür in den Augen der FPÖ zuständig ist, sieht man am Beispiel der Forderung danach, dass die Zeiten der Kinderbetreuung und der Pflege von Angehörigen als Pensionsbegründung und -anrechnung gelten, denn: „Es ist kein Kennzeichen einer familienfreundlichen Sozialpolitik, wenn in zunehmendem Maße vor allem Frauen nach Zeiten der Kindererziehung oder der Pflege Angehöriger im Alter selbst unter die Armutsgrenze fallen oder sozial bedürftig werden.“ (ebd., Kapitel XII, Artikel 5).

(vgl. FPÖ 2005)

2.3 Frauen in rechten und rechtskonservativen Strömungen

2.3.1 Die Rollenbilder von Frauen in rechten Parteien

Mariel Renz skizziert in ihrem Text „'Lebenshüterin im Volkstum, Bewacherin und Spenderin ist die Frau' – Frauenbilder in rechtsextremen Ideologien“ (1995) vier wesentliche Rollenbilder bzw. Gruppen rechter Frauen:

- 1) Die treusorgende Hausfrau und Mutter: In diesem Bild kommt der Frau die Aufgabe der Geburt und Erziehung der Kinder zu. Frauen werden als Natur-, Männer als Kulturwesen gesehen. Die „unzertrennbare Achse Frauen-Familie-Nation“ (Renz 1995, S.50) – die Frau ist durch das Gebären für den Fortbestand der Nation verantwortlich – gilt in allen rechtsextremen Strömungen. Zwar hat sich diese Ansicht innerhalb des rechten politischen Spektrums teilweise modernisiert, da in Parteiprogrammen auch von der Gleichwertigkeit der Frau gegenüber dem Mann gesprochen wird, jedoch distanziert man sich von einer „Gleichartigkeit“. Die Trennung zwischen Produktion und Reproduktion und die daraus resultierende Arbeitsteilung zwischen Frau und Mann wird als biologisch vorbestimmt, einer natürlichen Ordnung folgend, angesehen.
- 2) Die mythische (Ur-)Mutter: Frauen werden ausgehend von ihrer zentralen Funktion als Mutter hochstilisiert, nämlich zu „Rettenden, Gebärenden, Wärmespenderinnen und Fürsorgerinnen der Nation“ (ebd., S.53). Dieses Frauenbild ist vermehrt im rechtsradikalen Spektrum anzutreffen. Die Frau ist hier nicht nur für das Gebären, sondern auch für Zucht, Tugend und Ordnung zuständig.

- 3) Emanzipation von der Emanzipation: Die Frauenemanzipationsbewegung stellt die naturhaft bestimmte Rollenverteilung infrage, „in diesem Sinne werden Gleichberechtigung und Emanzipationsprozesse für ‚gesellschaftliche Entfremdung‘ verantwortlich gemacht“ (ebd.: 55). Gleichberechtigung sei nur dadurch zu erreichen, wenn Frauen sich wieder an ihre fraulichen Fähigkeiten und Werte erinnern, durch die sie unverzichtbar seien. Auch hier wird wieder der Begriff der Gleichwertigkeit aufgegriffen, Frauen und Männer seien aber keineswegs gleich zu behandeln (vgl. Der Republikaner 1989, zit.n. Renz 1995, S.55).
- 4) Die politisch aktive Kämpferin: Zunehmend wurden von rechten Frauen neue Lebensentwürfe für Frauen entwickelt, die traditionelle Rollenverteilung und der Biologismus infrage gestellt und eine Abwehr entwickelt, sich dem Weiblichkeitsmythos unterzuordnen. So beschreibt Sabine Münch von der deutschen Liga in einer Sendung auf VOX (2.2.1993):
- „Wir haben in dem Sinn kein Frauenbild, jede Frau kann bei uns machen, was sie will. Wie gesagt, bei uns sind die meisten berufstätig, und ich studiere und ich möchte auch nicht, wenn ich mit meinem Studium fertig bin, dann die Hausfrau spielen, die zu Hause am Herd steht und den ganzen Tag kocht. Jede Frau soll ihr Leben so zu bestimmen, wie sie es möchte.“ (vgl. ebd., S.56).
- Dem Interesse nach politischer Partizipation werden bevölkerungspolitische Interessen untergeordnet, mittlerweile werden auch Nicht-Mütter von Frauenorganisationen rechter Parteien bewusst angesprochen. (vgl. Renz 1995, S. 50ff)

2.3.2 Konservative und rechte Frauenpolitik

Konservative Frauenpolitik unterscheidet sich von rechter oder rechtsextremer Frauenpolitik insofern, als bei konservativer Frauenpolitik bevölkerungspolitische Ziele keine Rolle spielen (vgl. Kurth 1997, S. 18).

Alexandra Kurth sieht konservative frauen- und familienpolitische Vorstellungen in mehr oder weniger enger Verbindung mit rechtsextremen Vorstellungen der Frauen- und Familienpolitik. Margret Jäger formuliert es folgendermaßen: „Die Rechtsextremen müssen eigentlich nur den Faden [der Konservativen (d. Verf.)] aufnehmen und in ihr Gedankengebäude einpassen“ (Jäger 1991, zit.n. Kurth 1997, S.18).

Im Folgenden wird daher auf rechtskonservative Rollenbilder eingegangen, da möglicherweise Schnittpunkte mit frauenpolitischen Auffassungen von Frauen in der FPÖ bestehen.

Rechtskonservativ heißt in diesem Kontext: „einem Konservatismus (...) anhängend, der nationalistische und antidemokratische Züge aufweist“ (Duden online, Stichwort „rechtskonservativ“).

Kurth (1997) skizziert rechtskonservative Frauenpolitik anhand zweier Vertreterinnen der rechtskonservativen Ansichten, Christa Meves (Kinder- und Jugendpsychotherapeutin und Autorin) und Elisabeth Motschmann (CDU-Politikerin, Journalistin):

Rechtskonservative Frauenpolitik zeichnet sich nach Kurth hauptsächlich durch die Zementierung beziehungsweise den Ausbau der gesellschaftlichen Ungleichheit der Geschlechter aus. Die Vorstellung der Polarität der Geschlechter ist eine Sichtweise, die auch Meves und Motschmann vertreten. Diese Vorstellung gründet auf zwei Modellen:

Zum einen auf dem modernen Modell, das im Zuge der Aufklärungsphilosophie im 18. Jahrhundert entstand und von der naturgegebenen Unterschiedlichkeit der Geschlechter ausgeht. Zum anderen gründet die Vorstellung auf dem Modell des klassischen Konservatismus, der sich als Reaktion auf die Französische Revolution herausgebildet hat und die Polarität der Geschlechter als gottgewollte Ordnung ansieht. Machtstrukturen und Herrschaftsverhältnisse werden durch solche Vorstellungen begründet und abgesichert, wie am Beispiel eines Zitats von Meves zu sehen ist: „Die Frau hat von ihrer biologischen Aufgabe her ein natürliches Bedürfnis nach Unterwerfung, der Mann nach Eroberung und Beherrschung“ (Meves 1991, zit.n. Kurth 1997, S.19).

Die neue Frauenbewegung führt laut Motschmann eine „Frauenverunsicherungskampagne“, sie selbst sieht sich als Kämpferin für die „schweigende Mehrheit“, die dem emanzipatorischen Zeitgeist die Stirn bieten möchte. Jene, die von der Frauenbewegung als „Nur-Hausfrauen“ diskriminiert werden, sollten ihr Schweigen brechen und Zeugnis davon geben, welche Erfüllung und Freude die Kinderbetreuung mit sich bringt. Auch Meves sieht das Mutter-Sein als natürliche Aufgabe der Frau, ihrer Ansicht nach sind geschlechtsspezifisch unterschiedliche Begabungen und Neigungen angeboren und nicht anerzogen. Frauen, die nicht für ihre Kinder da sind, laden ihr zufolge Schuld auf sich, denn wenn kein Aufbau der „Mutter-Kind-Dyade“ erfolgt oder wenn diese getrennt werde, könne das vor allem in der frühen Kindheit besonders neurotisierende Folgen haben. Weiters wird von ihr ein Müttergehalt sowie eine Mütterrente gefordert, mit dem Ziel, dass

mehr junge Frauen „einen der schönsten und auch erfüllendsten Frauenberufe“ (Meves 1990, zit.n. Kurth 1997, S.22), nämlich das Mutter-Sein, wählen.

Die Frauenbewegung habe nach Motschmann und Meves auch verhindert, dass Männer fröhlicher und zufriedener geworden sind, denn das alleine hätte zu einem besseren Miteinander zu Hause geführt. Frauen sollten auf alles verzichten, was den Unmut der Väter erregt, denn der Vater und seine Beziehung zur Mutter seien Vorbild für die Kinder.

Neben der rechtskonservativen Ansicht wird nun auch der Nationalfeminismus, der seine Wurzeln in den 30er-Jahren des 20. Jahrhunderts hat, herangezogen. Diese Art des Feminismus kann daher relevant für die Betrachtung der frauenpolitischen Ausrichtung der FPÖ sein, da sich die FPÖ „unserer nationalen Identität verpflichtet“ fühlt (FPÖ 2011, Leitsätze freiheitlicher Politik).

Nationalfeminismus ist jener Feminismus, der die Forderung nach einem autoritären Staat mit der Gleichstellung der Geschlechter verbindet. Eine der Vorläuferinnen dieser Bewegung ist Sophie Rogge-Börner, bekennende Faschistin und Journalistin der 1937 verbotenen Zeitschrift „Die Deutsche Kämpferin“. Die Geschlechterkonzeption der Nationalfeministinnen leitet sich von der Konstruktion dreier „Rassen“ ab, nur die wertvollste, die „germanische Rasse“, könne eine hohe Erkenntnisstufe, die zugleich Basis für Gleichberechtigung sei, erreichen. Die anderen beiden „Rassen“ werden nicht explizit angeführt. Die Quellen des germanischen Mythos, auf der die Konstruktion der „germanischen Rasse“ beruht, nämlich die „Germania“ von Tacitus und die Edda (eine Sammlung von Liedern in altnordischer Sprache, die auch germanische Sagen beinhaltet), können jedoch nicht als Beweis für eine frühere „germanische“ Lebensweise herangezogen werden, da beide nicht als historisch richtige Beschreibung betrachtet werden können.

In der Vorstellung von Rogge-Börner lebten die „germanischen Vorfahren“ in einem „emanzipierten ganzheitlichen Geschlechterverhältnis (sic!)“ (Jung 1997, S.31), Väter und Mütter seien in gleichem Maße zuständig für die Erziehung der Kinder gewesen, eine gleichberechtigte Arbeitsteilung hätte bestanden. Durch den „'fremden', schädigenden Einfluss der 'Rassenmischung' und durch 'geistige Fremdeinbrüche' in die nordische Welt“ (Jung 1997, S.31) sei es zur Zerstörung dieser gleichberechtigten Lebensweise gekommen. Das Patriarchat ist für Nationalfeministinnen also kein geschichtliches Phänomen, das an Herrschaftsinteressen gekoppelt ist, sondern eine Charaktereigenschaft von Völkern. Aus dieser Sicht besitzt Feminismus nur für „Germaninnen“ beziehungsweise „Arierinnen“ Gültigkeit. (vgl. Jung 1997, S. 31).

3 Resümee

a) Vergleich der FPÖ mit anderen Parteien hinsichtlich der frauenfördernden Maßnahmen in den Parteien sowie der angegebenen frauenpolitischen Forderungen

„Die geschlechterungleiche Ressourcenverteilung, die Rosenberger als Gegenstand der Frauenpolitik ausmacht, wird in der FPÖ-Parteiprogrammatik in wenigen Sätzen thematisiert“ (vgl. Mörth 2011, S. 17). In den Parteiprogrammen von 2011 und 2005 wird Lohngerechtigkeit zwischen den Geschlechtern gefordert, die Umverteilung des Arbeitsentgelts macht laut Rosenberger aber nur einen Teil der vertikalen Umverteilung aus. So zählen ihr zufolge auch Arbeitsplätze, Einkommen, unbezahlte Arbeit und Kinderbetreuung zu jenen Gütern, deren Umverteilung Ziel der Frauenpolitik ist. Die FPÖ sieht es, wie oben erwähnt, jedoch nicht als gesellschaftliches Problem an, dass Frauen in Spitzenpositionen unterrepräsentiert sind: „Die Unterrepräsentation von Frauen in Spitzenpositionen von Wirtschaft und Politik wird seitens der FPÖ nicht als gesellschaftliches Problem wahrgenommen, da 'viele Frauen gar nicht in die Wirtschaft oder Politik wollen, was auch legitim ist, [...]. Männer müssen kämpfen, um solche Jobs zu bekommen und Frauen möchten das oft nicht. Frauen haben schließlich einfach andere Prioritäten als Männer“ (Frauenbericht 2010, S.400). Die Wahlfreiheit für Frauen, ob sie arbeiten gehen, Kindern bekommen oder beides möchten, sollte für Frauen aber gegeben sein. „Daraus kann man schließen, dass es, obwohl die FPÖ Frauen- mit Familienpolitik gleichsetzt (wie es auch das BZÖ macht), auch eine Abkehr von traditionellen Geschlechterrollen, in der die Frau alleine für die Haus- und Kinderbetreuungsarbeit und der Mann für die Erwerbsarbeit zuständig ist, gibt“ (Mörth 2011, S.19).

Daraus ergibt sich aber ein widersprüchliches Bild, denn in den Wahlprogrammen der FPÖ werden Frauen hauptsächlich in ihrer Rolle als Mütter angesprochen. Im Wahlprogramm zur Nationalratswahl 2008 ist das einzige Kapitel, in dem frauenpolitische Forderungen zu finden sind, jenes mit den Titel „Frauen – Männer – Partnerschaft und Familie“ (FPÖ 2008). In der Einleitung wird zwar von der Gleichberechtigung und Chancengleichheit von Frauen und Männern gesprochen, in den konkreten Forderungen geht es jedoch um Gleichberechtigung im familienpolitischen Sinn. So werden die Weiterentwicklung des Kinderbetreuungsgeldes, die Ausweitung der Karenz, mehr Unterstützung von schwangeren jungen Frauen und Mädchen, damit diese nicht abtreiben, und Familiensplitting gefordert. Auch der Frauenbericht 2010 stellt in den

untersuchten Wahlprogrammen der FPÖ ein Herantreten an Frauen in ihrer Rolle als Mutter fest.

In der FPÖ gibt es weder Quoten noch andere frauenfördernde Regelungen, daher verwundert es auch nicht, dass der Anteil an Frauen relativ gering ist. Mit rund 16 Prozent im Nationalrat bzw. 14 Prozent Frauenanteil im Bundesparteivorstand sind weibliche Politikerinnen dort klar in der Minderheit. Nur das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) hat zur Zeit prozentual weniger weibliche Nationalratsabgeordnete (11,8 Prozent). Der Frauenanteil im Bundesparteivorstand ist von allen Parlamentsparteien der niedrigste, im Vergleich dazu ist der Anteil bei der SPÖ dreimal höher, die in ihrem Bundesparteivorstand den höchsten Anteil an Frauen verzeichnen kann.

Sowohl die SPÖ, als auch die Grünen haben eine Geschlechter- bzw. Frauenquote festgeschrieben. Beide Parteien verfügen sowohl in ihren Bundes(partei)vorständen, als auch im Nationalrat über den höchsten Anteil an Frauen, was ein Hinweis darauf sein kann, dass die Quotenregelung eine wirksame Maßnahme zur geschlechtergerechten Repräsentation unter PolitikerInnen ist. Bei der Besetzung öffentlicher Mandate gibt es in der ÖVP eine Mindest-Frauenquote von einem Drittel, doch auch diese im Vergleich zur SPÖ und zu den Grünen recht niedrig angesetzte Quote wird mit 25,5 Prozent Frauenanteil im Nationalrat derzeit nicht erreicht.

Hinsichtlich der untersuchten Parteiprogramme und der Parteistrukturen sind also keine Bemühungen der FPÖ in Richtung höherer Beteiligung von Frauen in der Politik zu erkennen – vor allem durch die Ablehnung von frauenfördernde Maßnahmen wie Quotenregelungen und Gender Mainstreaming kann man erkennen, dass der FPÖ die Stärkung der politischen Partizipation von Frauen kein wesentliches Anliegen ist.

Das Konzept der Initiative Freiheitlicher Frauen von 1995 besagt, dass eine selbstbewusste Frau die Unterschiede zwischen den Geschlechtern anerkennt. Im FPÖ-Parteiprogramm von 2011 steht, dass kein Geschlecht zur Beseitigung von Benachteiligungen bevorzugt werden soll. Dies gibt Grund zur Annahme, dass aus freiheitlicher Sicht selbstbewusste und selbstbestimmte Frauen keine Quoten oder sonstige fördernde Maßnahmen brauchen, um erfolgreich in der Politik zu sein (vgl. Mörth 2011, S.19f). Daher kann gesagt werden, dass sich die FPÖ nicht gegen die Beteiligung von Frauen in der Partei ausspricht, sie aber auch keine strukturellen Maßnahmen setzt, um eine stärkere Repräsentation von Frauen zu erreichen.

b) Vergleich mit konservativer und rechter Frauenpolitik

Alexandra Kurth unterscheidet rechte Frauenpolitik von konservativer insofern, als rechte Frauenpolitik bevölkerungspolitische Ziele verfolgt. Somit kann die Frauenpolitik der FPÖ als rechts bezeichnet werden, da sie etwa eine stärkere Regelung der Zuwanderung und eine geburtenorientierte Familienpolitik fordert. Die passendere Bezeichnung ist aber „rechtskonservativ“, da man bei der FPÖ auch von konservativer sowie nationalistischer und auf der Ungleichheit der Geschlechter aufbauender Frauenpolitik sprechen kann:

„Als konservativ kann die Gleichsetzung von Frauen- mit Familienpolitik bezeichnet werden. Obwohl, wie oben erwähnt, die Wahlfreiheit für Frauen, ob sie nun Karriere machen und bzw. oder Kinder bekommen möchte, gefordert wird, wird die Gleichsetzung in den Programmen der FPÖ konsequent betrieben.“ (ebd., S.21). In dieser Gleichsetzung werden konservative Rollenmuster, die auf die Aufklärungsphilosophie des 18. Jahrhunderts sowie auf den klassischen Konservatismus zurückgehen, widergespiegelt.

Als „nationalistisch“ kann die FPÖ aufgrund ihres starkes Bezugs auf den Begriff der „Heimat“ (etwa in der Erweiterung des Parteinamens auf „die soziale Heimatpartei“) und ihrer oft wiederkehrenden Forderung danach, dass „Österreich zuerst“ kommen solle (vgl. dazu FPÖ 2011, Österreich im Wort), bezeichnet werden.

Der FPÖ kann daher eine „rechtskonservative“ Frauenpolitik zugeschrieben werden, auch wenn dieser nicht so radikal ausfällt wie bei Meves und Motschmann.

Es können aber auch Schnittpunkte mit dem sogenannten „Nationalfeminismus“ ausgemacht werden: aus Sicht der FPÖ und des Nationalfeminismus gibt es keine Chancengleichheit bzw. Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern aufgrund von „fremden Einfluss“ (Nationalfeminismus) bzw. „Zuwanderung vor allem aus außereuropäischen Ländern“ (FPÖ 2008).

Rogge-Börner, die Vorläuferin der nationalfeministischen Bewegung, spricht von der „germanischen Rasse“ als eine der drei auf der Welt existenten „Rassen“ (die beiden anderen „Rassen“ werden nicht beschrieben). Diese Ansicht ist in keinem Programm der FPÖ zu finden, jedoch heißt es im aktuellen Parteiprogramm: „Sprache, Geschichte und Kultur Österreichs sind deutsch. Die überwiegende Mehrheit der Österreicher ist Teil der deutschen Volks-, Sprach- und Kulturgemeinschaft.“ (FPÖ 2011, Kapitel 2) – was implizit auf die Existenz einer deutschen

Nationalidentität schließen lässt (vgl. Mörth 2011, S.21). Im Unterschied zum Nationalfeminismus bezieht sich die FPÖ jedoch nicht auf ein gemeinsames biologisches, sondern auf ein gemeinsames kulturelles Merkmal, wodurch es eine deutsche Gemeinschaft geben soll.

Rogge-Börner bedient sich in ihrer „Rassenzuschreibung“ anderer Merkmale, als es etwa die bekanntesten VertreterInnen des Rassismus taten: der manchmal als „Vater des modernen Rassismus“ bezeichnete Diplomat und Schriftsteller Joseph Arthur Comte de Gobineau stellte die Behauptung auf, es gäbe drei „Rassen“, nämlich „die weiße (Kaukasier), die schwarze (Negroide) und die gelbe (Mongolen)“ (Giddens et al. 2009, S.435), wobei die „weiße Rasse“ intelligenter und willensstärker sei. Auf de Gobineau und VertreterInnen ähnlicher Ansichten bezogen sich später etwa NationalsozialistInnen, der Ku-Klux-Klan und die VerfechterInnen der Apartheid in Südafrika (vgl. ebd.).

Rogge-Börner hingegen bedient sich des germanischen Mythos, der die Grundlage der „germanischen Rassenkonstruktion“ bietet. Die Quellen dieser Konstruktion, die „Germania“ von Tacitus und die „Edda“, können aber aufgrund ihrer fehlenden historischen Richtigkeit nicht als Beweis einer früheren „germanischen“ Lebensweise herangezogen werden. Dennoch ist Rogge-Börner der Auffassung, dass es in der früheren „germanischen Lebensweise“ eine Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern gab, die durch Fremdeinfluss und die „Rassenmischung“ zerstört wurde (vgl. Mörth 2011, S.16). Rogge-Börner schreibt der „germanischen Rasse“ also eine einheitliche Lebensweise zu, die FPÖ spricht von einer deutschen Volks-, Sprach- und Kulturgemeinschaft, was auf die Annahme einer einheitlichen Lebensweise deuten kann, aber nicht muss. Bezogen auf das Parteiprogramm der FPÖ kann also keine relevante Überschneidung zwischen dem Nationalfeminismus und der FPÖ erkannt werden.

c) Vergleich mit den von Mariel Renz (1995) erarbeiteten Rollenbildern rechter Frauen

Da die Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf gefordert wird, ist das Rollenbild der „treusorgenden Hausfrau und Mutter“ nicht vordergründig vertreten. Latent dürfte dieses Bild aber doch mitschwingen, da es eine wiederkehrende Gleichsetzung von Frauen mit der Familie gibt. Vor allem die letzten Programme der FPÖ lassen keinen Vergleich mit dem Bild der

„mythischen (Ur-)Mutter“ zu, wobei das Bild der „Emanzipation von der Emanzipation“ schon eher zu finden ist, etwa in der ablehnenden Haltung gegenüber Quotenregelungen. Auch das Bild der „politisch aktiven Kämpferin“ ist in der FPÖ nicht vorherrschend, „zwar werden Frauen neue Lebensentwürfe abseits der traditionellen Rollenbilder zugestanden, bevölkerungspolitische Ziele nehmen in der FPÖ aber einen relativ hohen Stellenwert ein.“ (Mörth 2011, S.22).

Aus der Analyse der vier von Renz ausgearbeiteten Rollenbilder kann festgehalten werden, dass keine davon klar auf die FPÖ zutrifft (vgl. ebd, S.21f).

Literaturverzeichnis

Giddens, Anthony/ Fleck, Christian/ Egger de Campo, Marianne: Soziologie. 3. Auflage. Verlag Nausner & Nausner, Graz-Wien 2009

Jung, Anna: Faschistische Feministinnen – ein Widerspruch? In: Bitzan, Renate (Hg.): Rechte Frauen. Skingirls, Walküren und feine Damen. Elefanten Press, Berlin 1997

Kurth, Alexandra: Mit Gott für Kinder – Küche – Kirche. Rechtskonservative Politikangebote von und für Frauen, in: Bitzan, Renate (Hg.): Rechte Frauen. Skingirls, Walküren und feine Damen. Elefanten Press, Berlin 1997

Mörth, Christiane: Die frauenpolitischen Ansichten und Geschlechterrollenbilder in der FPÖ. Seminararbeit im Zuge der Lehrveranstaltung „Forschungsseminar“, Graz 2011

Renz, Mariel: 'Lebenshüterin im Volkstum, Bewacherin und Spenderin ist die Frau' – Frauenbilder in rechtsextremen Ideologien, in: Wlecklik, Petra (Hg.): Frauen und Rechtsextremismus. Lamuv-Verlag, Göttingen 1995, S. 50-59

Rösslhuber, Maria: Die FPÖ und die Frauen. Döcker, Wien 1999

Internetquellen

Bundesministerium für Frauen und Öffentlichen Dienst im Bundeskanzleramt Österreich (Hg.):
Frauenbericht 2010, Wien 2010, abrufbar im Internet:
<http://www.bka.gv.at/site/7207/default.aspx>, 1.2.2011

Die Grünen: Vertretung von Frauen in Parlamenten. Die Entwicklung des Frauenanteils im
Nationalrat. 05.10.2009
http://www.gruene.at/uploads/media/Presseunterlage_Frauen_in_den_Parlamenten__2_.pdf,
15.09.2011

Internetseite „Bündnis Zukunft Österreich“, Bundespartei:
<http://www.bzoe.at/unser-team/bundespartei.html>, 21.03.2011

Internetseite „Die Grünen Österreich“
<http://www.gruene.at/partei/bundesvorstand/>, 21.3.2011

Internetseite der Republik Österreich, Frauenanteil im Nationalrat:
http://www.parlament.gv.at/SERV/STAT/PERSSTAT/FRAUENANTEIL/frauenanteil_NR.shtml,
21.03.2011

Internetseite „Sozialdemokratische Partei Österreichs“, Impressum:
<http://www.spoe.at/page.php?P=100493>, 21.03.2011

Steininger, Barbara: Feminisierung der Demokratie? Frauen und politische Partizipation. In: Pelinka,
Anton / Plasser, Fritz / Meixner, Wolfgang (Hg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie.
Trends, Prognosen und Szenarien (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung,
Band 22). Wien 2000, S. 141-167
<http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/steininger.pdf>, 14.09.2011

Duden Online-Ausgabe, Stichwort: rechtskonservativ
<http://www.duden.de/rechtschreibung/rechtskonservativ>, 21.05.2011

Freiheitliche Partei Österreichs: Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs, 2011, abrufbar im Internet:

<http://www.fpoe.at/dafuer-stehen-wir/partei-programm/>, 23.09.2011

Freiheitliche Partei Österreichs: Das Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs, 2005, abrufbar im Internet:

www.erhoert.at/Politinfos/FP_Partieprogramm_Neu.pdf, 20.09.2011

Freiheitliche Partei Österreichs: Handbuch freiheitlicher Politik, 2005, abrufbar im Internet:

<http://www.fpoe.at/index.php?id=2532>, 20.09.2011

Die zehn Gebote der FPÖ, in: News-Online-Ausgabe vom 14.06.2011, Abrufbar im Internet

<http://www.news.at/articles/1124/11/299274/parteitag-die-gebote-fpoe>, 13.12.2011